**Merkblatt des behördlichen Datenschutzbeauftragten**

**Hinweise zur Rechtslage und Empfehlungen zur Veröffentlichung von Foto- und Videoaufnahmen im Rahmen Öffentlichkeitsarbeit und Hochschulmarketing**

(Stand 07/2022)

Den Datenschutzbeauftragten erreichen regelmäßig Anfragen zur Situation des Datenschutzes bei der Veröffentlichung von Foto- und Videoaufnahmen an der HWR Berlin. Diese Übersicht stellt Grundsätze zur Zulässigkeit und zu Gestaltungsmöglichkeiten auf. Sie kann **jedoch keine eingehende rechtliche Prüfung des Einzelfalles ersetzen**. Im Zweifelsfall können Sie sich mit konkreten Fragen gern an den Datenschutzbeauftragten wenden. Sorgfalt und Transparenz in Sachen des Datenschutzes sind in jedem Fall geboten und zahlen sich langfristig aus, da Rechtsunsicherheiten und Rechtsverstöße vermieden werden. Schließlich greift die Hochschule bei **Veröffentlichungen** in die Grundrechte der abgebildeten Personen ein.

1. **Grundsätzliches**

Bei Fotografien und Videoaufnahmen (künftig Bildaufnahmen genannt) handelt es sich um die Verarbeitung personenbezogener Daten, soweit darauf Personen identifizierbar sind. Eine Person kann sowohl direkt als auch indirekt identifiziert werden. Eine Person ist indirekt identifizierbar, wenn z.B. deren Gesicht nicht eindeutig erkennbar ist, jedoch durch besondere körperliche Merkmale, Körperhaltung, Kleidung, Frisur, mitgeführte Gegenstände, Stimme, Inhalte von Gesprächen sowie Zeitpunkt und Ort der Aufnahme der Personenbezug dennoch hergestellt werden kann.

Ebenfalls zu berücksichtigen ist die Intensität des Grundrechtseingriffs. Hierbei kann wie folgend kategorisiert werden:

|  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- |
| **Art des Grundrechtseingriffs** | **Definition** | **Identifizierbarkeit** | **Rechtsgrundlage zur Veröffentlichung** |
| Hoher Grundrechtseingriff | Nahaufnahme und Totale | Person ist identifizierbar | benötigt |
| Mittlerer Grundrechtseingriff | Person ist im Nahbereich der Aufnahme lediglich Beiwerk zur Örtlichkeit, jedoch voll erkennbar. | Person ist identifizierbar | benötigt |
| Niedriger Grundrechtseingriff | Person ist im Nahbereich der Aufnahme lediglich Beiwerk zur Örtlichkeit **und** z.B. nur von der Seite oder verschwommen zu sehen. Der Aufwand zur Identifizierung ist vergleichsweise hoch. | Person ist nicht identifizierbar | Nicht benötigt / Kann ohne Rechtsgrundlage veröffentlicht werden |
| Kein Grundrechtseingriff | Person ist eindeutig nicht erkennbar / identifizierbar z.B. weil die Person nur vage sichtbar ist oder von dieser in einer Menschenmenge nur der Haaransatz oder der Rücken zu sehen ist. Der Aufwand zur Identifizierung ist unverhältnismäßig hoch. | Person ist nicht identifizierbar | Nicht benötigt / Kann ohne Rechtsgrundlage veröffentlicht werden |

Sobald personenbezogene Daten verarbeitet werden, muss dies auf einer entsprechenden Rechtsgrundlage beruhen. Für die Erstellung und Veröffentlichung von Bildaufnahmen kommen grundsätzlich zwei Rechtsgrundlagen in Betracht: Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. e DSGVO (öffentliche Aufgabe) in Verbindung mit §6 Abs. 1 (12) BerlHG / §4 Abs. 4 BerlHG **oder** Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. a DSGVO (Einwilligung).

Nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. e) ist die Datenverarbeitung rechtmäßig, wenn sie für die Wahrnehmung einer öffentlichen Aufgabe erforderlich ist, die der HWR Berlin übertragen wurde. Die Öffentlichkeitsarbeit (**Achtung**: nicht Hochschulmarketing / werbliche Außendarstellung) ist eine derartige Aufgabe, kann jedoch nur unter bestimmten Voraussetzungen als Rechtsgrundlage herangezogen werden. Eine Veröffentlichung von Bild- und Videoaufnahmen kann auf Medien der Hochschule[[1]](#footnote-1) demnach erfolgen, wenn dienstliche Belange es erfordern. Die Veröffentlichung dieser Daten ist zulässig, wenn sie zur Erfüllung, der in der Zuständigkeit der Hochschule liegenden Aufgaben erforderlich ist, das Gebot der Datensparsamkeit beachtet wird und keine schutzwürdigen Interesse der Betroffenen entgegenstehen.

Erforderlich ist die Veröffentlichung von Fotos zur Öffentlichkeitsarbeit nur bei Anlässen von höherem Rang, was i.d.R. bei Repräsentationsveranstaltungen / Graduierungsfeiern / Tag der offenen Tür / Erstsemestereinführungsveranstaltungen der Fall sein dürfte. Dabei darf es jedoch kein systematisches Abfotografieren der gesamten Veranstaltung geben (z.B. alle Teilnehmer bei Betreten). Vielmehr muss sich auf **hervorgehobene Funktionsträger** beschränkt werden. Die Fotos müssen im Vorfeld angekündigt werden und einzelne Teilnehmer sollten die Möglichkeit haben, den Aufnahmen auszuweichen. Es ist dabei darauf zu achten, dass ausschließlich Bildaufnahmen hoher Funktionsträger der HWR Berlin aufgrund dieser Rechtsgrundlage veröffentlicht werden dürfen[[2]](#footnote-2). Von allen anderen Personen ist eine Einwilligung einzuholen. Der Presse (oder anderen Dritten) sollten zudem keine umfangreichen Bildarchive der Veranstaltung zur Verfügung gestellt werden, sondern nur sorgsam ausgewählte Bildaufnahmen.

Das Anfertigen und die Veröffentlichung von Film- und Fotoaufnahmen zur **werblichen Außendarstellung / Marketing** ist immer einwilligungspflichtig. Auf Anfrage stellen wir Ihnen gerne ein **elektronisches Tool** zur Dokumentation und Einholung von Einwilligungen zur Verfügung.

1. **Zusammenfassung**

Auf Veranstaltungen, die hohen repräsentativen Aufgaben dienen, müssen von hohen Repräsentationsträgern keine Einwilligungen zur Veröffentlichung der Bildaufnahmen für Zwecke der Öffentlichkeitsarbeit eingeholt werden. Von allen anderen abgebildeten und identifizierten bzw. identifizierbaren Personen muss eine Einwilligung eingeholt werden. Allen Personen ist durch geeignete Maßnahmen die Möglichkeit zu geben, sich der Aufnahme zu entziehen. Bildaufnahmen aller eindeutig nicht identifizierten / identifizierbaren Personen können veröffentlicht werden – siehe Tabelle. In allen vorgenannten Fällen ist den Transparenz- und Informationspflichten in geeigneter Form nachzukommen – siehe Vorlagen im Anhang.

Auf allen anderen Veranstaltungen müssen von allen abgebildeten und identifizierten / identifizierbaren Personen Einwilligungen eingeholt werden. Allen anderen Personen ist durch geeignete Maßnahmen die Möglichkeit zu geben, sich der Aufnahme zu entziehen. Bildaufnahmen aller eindeutig nicht identifizierten / identifizierbaren Personen können veröffentlicht werden. In allen vorgenannten Fällen ist immer den Transparenz- und Informationspflichten in geeigneter Form nachzukommen.

1. **Löschung von Bildern, Videos und Audioaufnahmen**

Aus datenschutzrechtlicher Sicht ist die rechtskonforme Aufbewahrung und Vernichtung personenbezogener Daten ein zentrales Thema. Die wesentliche Frage in diesem Zusammenhang ist:

Wie lange dürfen Bildaufnahmen aufbewahrt werden und wann müssen diese gelöscht werden und wer ist für die Löschung verantwortlich?

Personenbezogene Daten dürfen gemäß Art. 5 Abs. 1 lit. b DSGVO nur so lange gespeichert und verarbeitet werden, wie dies für den jeweils Zweck nötig ist. Wenn der Zweck nicht mehr besteht, müssen sie grundsätzlich gelöscht werden (sog. Löschzwang). Bei Veröffentlichungen zu Marketingzwecken, sobald eine einmalige Marketingaktion beendet ist oder nach sinnvollem Ermessen kein Interesse der Öffentlichkeit an der Außendarstellung zu erwarten ist. Sinnvollerweise liegt diese zwischen 1 und 5 Jahren.

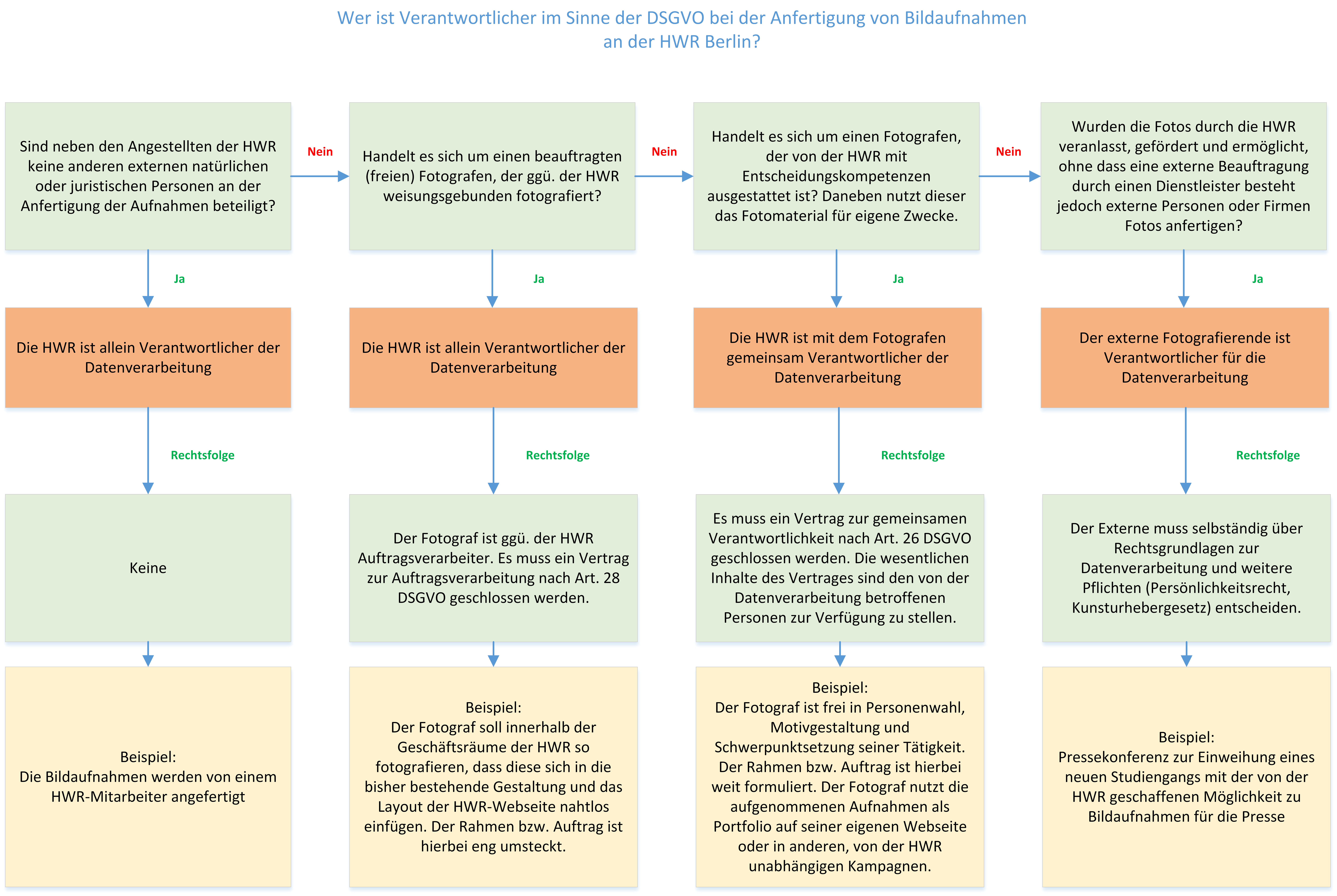
**Wichtig ist**, dass das federführende Fachverfahren für die Einhaltung der Löschfristen verantwortlich ist. Z.B. sollen auf einer Veranstaltung des INA Instituts auf der Veranstaltung „20. Nachhaltigkeitsforum“ Bildaufnahmen erstellt und zur öffentlichen Darstellung auf der Webseite der HWR Berlin veröffentlicht werden. Dazu leitet das INA die Bilder an die Hochschulkommunikation zur Veröffentlichung weiter.

**Das INA hat bezüglich der Bilder ein Löschkonzept zu erstellen, das den Tag der Aufnahme, die Löschfrist und den Tag der Löschung festhält. Es muss ein Prozess im INA implementiert werden, der nach Ablauf der Löschfrist garantiert, dass die Bildaufnahmen wieder von der Webseite und allen Speichermedien garantiert.**

Eine Löschung von Bildaufnahmen aus **Printmedien** ist im Nachgang nicht mehr möglich. Jedoch dürfen Bilder nach Ablauf der Löschfrist oder einem Widerruf der Einwilligung nicht mehr erneut in Printmedien veröffentlicht werden.

1. **Beauftragung externer Fotografen – datenschutzrechtliche Verantwortlichkeit**

Mit der Anfertigung von Bildaufnahmen kann die HWR Berlin einen privaten Dienstleister, insbesondere einen eine/n externe/n Fotograf/in beauftragen. In diesem Fall sind ie gesetzlichen Vorgaben des Art. 26 oder 28 DSGVO zu beachten. Eine Abgrenzung welche rechtliche Konstellation vorliegt und welche Rechtsfolgen dies hat, kann der folgenden Grafik entnommen werden:



1. **Allgemeine Empfehlungen für die Umsetzung in der Praxis**

Wenn Zweifel an der Identifizierbarkeit der abgebildeten Personen besteht und keine Einwilligung vorliegt, so ist im Zweifelsfall von der Veröffentlichung abzusehen. Es sollte ebenfalls bedacht werden, dass das Einholen und Archivieren einer informierten und rechtswirksamen Einwilligung, einen bedeutenden Aufwand darstellt. Gleiches gilt für die Gewährleistung der Betroffenenrechte auf Information, Widerruf der Einwilligung, Auskunftsrecht, Recht auf Löschung, Berichtigung, Sperrung und Datenübertragbarkeit (Art. 13-21 DSGVO). Die vorgenannten Rechte müssen uneingeschränkt gewährleistet werden können. Es empfiehlt sich entsprechend restriktiv zu veröffentlichen.

Den Informationspflichten der DSGVO muss in jedem Fall genügend nachgekommen werden. Dies erfolgt sinnvollerweise durch

* Hinweise in der Einwilligung
* durch deutlich erkennbare Aushänge am Eingang der Veranstaltung und innerhalb des Veranstaltungssaales
* vor Ort bei der Veranstaltungskoordination
* mündliche Ansage der Organisatoren zu Beginn der Veranstaltung
* auf Einladungen und Flyern zur Veranstaltung
* ein Exemplar der Datenschutzerklärung sollte bei der Veranstaltungskoordination ausliegen
* einem Hinweis/Link bei der Einladung zur Veranstaltung.
* Um zu kennzeichnen, von welchen Personen eine Einwilligung vorliegt, können beispielweise farbige Aufklebepunkte verteilt werden (großer grüner Punkt = Einwilligung liegt vor / kleiner roter Punkt = Keine Einwilligung bzw. Person will nicht aufgenommen werden). Die Punkte können bei Eintritt in den Veranstaltungssaal verteilt werden.

Um zu verhindern, dass Personen aufgenommen werden, die nicht eingewilligt haben, sollte/n

* lediglich der unmittelbare Bühnen- bzw. Redebereich aufgenommen werden. Lassen es die örtlichen Gegebenheiten nicht zu nur die Funktionsträger abzulichten, so sollten Zonen eigerichtet werden, in denen sich Personen - ausschließlich mit Einwilligung – aufhalten. Informieren Sie vor der Aufnahme, dass jetzt in der Aufnahmezone gefilmt/fotografiert wird, sodass unwillige Personen den Bereich verlassen können.
* ausschließlich Nierenmikrofone verwendet werden, um Audioaufnahmen aus dem Publikum nicht mitzuschneiden. Die Fragen oder Beiträge aus dem Publikum sollten dabei vom Redner kurz wiederholt werden, um in die Aufnahme zu gelangen.
* unbeabsichtigt aufgenommene Personen (bei denen keine Einwilligung vorliegen) im- Nachgang durch Maßnahmen zur Anonymisierung (z.B. Verpixeln, Herausschneiden, Löschen des Audiostreams und Untertitelung von Audiobeiträgen in den Rohdaten **und** dem veröffentlichten Bildmaterial unkenntlich machen).

1. **Muster und Vorlagen**

Im Folgenden bekommen Sie ein Muster zur Einwilligung und für entsprechende Aushänge im Veranstaltungssaal zur Verfügung gestellt. Diese sind jedoch nicht allgemein gültig, sondern müssen immer auf die konkreten Umstände angepasst werden.

|  |  |  |
| --- | --- | --- |
| **Vorlage Einwilligung und Datenschutzerklärung**  **Fotoaufnahmen** | **Vorlage Aushang am Eingang** | **Vorlage Aushang innerhalb des Veranstaltungssaales** **Deutsch-Englisch** |
|  |  |  |
|  |  | **Vorlage Vertrag zur Auftragsverarbeitung** |
|  |  |  |

|  |  |
| --- | --- |
| **Vorlage Einwilligung und Datenschutzerklärung in englischer Sprache** | **Vorlage Aushang am Eingang in englischer Sprache** |
|  |  |

|  |  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- | --- |
| Version | Datum | Sachbearbeiter | Änderung / Bemerkung | Klassifizierung |
| 0.1 | 15.07.20220 | IT – DuD Hafner | Erstentwurf | Öffentlich |
| 04 | 30.10.2021 | IT – DuD Hafner | Erstentwurf | Öffentlich |
| 0.5 | 04.10.2021 | IT – DuD Hafner | Erstentwurf | Öffentlich |
| 1.0 | 15.07.2022 | IT – DuD Hafner | Final | Öffentlich |

1. Social Media zählt nicht zu den Medien der Hochschule. Auf Social Media ist immer eine Einwilligung notwendig. [↑](#footnote-ref-1)
2. Lehrbeauftragte, externe Referenten, Beschäftigte ohne Leitungsfunktion oder Studierende zählen nicht zu dieser Gruppe [↑](#footnote-ref-2)